

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis halbjährlich 2.00 Mk., monatlich 1.00 Mk.
Einzelhefte 30 Pf., drei im Jahr 1.00 Mk.
Sonntagsnummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf.
Kleinabonnements 1.00 Mk. pro Monat.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Zeilenlänge über einen Raum 50 Zeilen, für politische und gewerbliche Inserate und Bekanntmachungen 50 Pf.
Kleine Anzeigen, das ist jede Zeile über 50 Pf. (zweimal 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
Einzelzeilen und Einzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
Werte über 10 Zeilen zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Mariaplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 8. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Mariaplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Russen in die Moldauebene zurückgedrängt

Englische Angriffe bei Arras, russische an der Dunafront gescheitert. — Weiteres Vordringen in den Karpathen. — Vergebliche russische Entlastungsoperation am Sereth. — Der Mgr. Odoebsti im Sturm genommen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. Januar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nach mehrstündiger Feuerberechtigung griffen englische Patrouillen südlich von Arras an. Der Angriff brach in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer verlustreich zusammen.

Tungust der Witterung schränkte die Gefechtsfähigkeit bei allen Armeen ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auch gestern erfolgten im Abschnitt von Mitau heftige russische Angriffe, die verlustreich scheiterten. Die Zahl der Gefangenen betrug auf 1300 erhöht.

Bei Ristela (westlich von Luck) überraschte eine deutsche Patrouille eine Feldwache der Russen und brachte sie gefangen zurück.

Der Versuch russischer Kompagnien, südwestlich von Stanislaw einen unserer Posten aufzuheben, mißglückte.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph.

In den verschneiten Waldkarpathen kam es bei strenger Kälte nur zu Patrouillenaktivität und vereinzelt ausbleibendem Feuer.

Zwischen Dijas und Putnata sind durch Wegnahme mehrerer Stützpunkte die Russen und Rumänen weiter gegen die Ebene zurückgedrückt worden. Starke Gegenstöße frischer Kräfte konnten und den gewonnenen Boden nicht nehmen.

Secresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der Gipfel des Mgr. Odoebsti wurde gestern durch das Münchener Infanterie-Leibregiment im Sturm genommen.

Zwischen Jockani und Hundeni führte der Russe auf einer Front von 25 Kilometern einen großen Entlastungsangriff. Nur in Richtung Obilesti gewann er wenig Raum; an der zähen Widerstandskraft deutscher Truppen brach an allen anderen Stellen der russische Aufsturm verlustreich zusammen. Mehrere hundert Gefangene blieben in unserer Hand.

Mazedonische Front.

Versuche von Engländern, sich nordöstlich des Dojranees in Besitz bulgarischer Vorkostenstellungen zu setzen, schlugen fehl.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 7. Januar, abends. Amtlich. (W. Z. S.) In der Westfront im allgemeinen ruhiger Tag. In der Ostfront fanden auch heute südwestlich Riga Kämpfe statt.

Der österreichische Bericht.

Dien, 7. Januar. (W. Z. S.) Amtlich wird verkündet;

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Südlich von Jockani versuchten gestern die Russen auf 25 Kilometer Frontbreite einen groß angelegten Entlastungsangriff. Es gelang ihnen nur an einer Stelle nördlich von Obilesti etwas Raum zu gewinnen; doch wurde auch hier der feindliche Angriff bald aufgefangen. Außer schweren blutigen Opfern büßte der Gegner noch mehrere hundert Gefangene ein. Nordwestlich von Jockani erstürmte das Münchener Infanterie-Leibregiment den Gipfel des Mgr. Odoebsti.

Secresfront des Generalsoberst Erzherzog Joseph.

Der Südflügel der von General Ceral befehligten österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen gewann unter Kämpfen über Colacu an der Putna und gegen Campuril an der Susita Naam. Die österreichisch-ungarischen und deutschen Bataillone des Generalmajors Goldbach schlugen beiderseits der Dijas-Straße insgesamt 9 russische Angriffe unter schweren Feindverlusten zurück. In den Waldkarpathen schränkten Schneefall und Frost die Kampftragsfähigkeit ein.

Secresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Solotwina wurde ein Ueberfallversuch zweier russischer Kompagnien auf unsere Sicherungsgruppen durch rasch herbeieilende Reserve vereitelt. Sonst bei den I. und I. Streitkräften nichts von Belang.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Seefer, Feldmarschalleutnant.

Wilson und die Friedensbedingungen.

Jene Leute, die das deutsche Friedensangebot als eine schiefte Bahn bezeichneten und seine Ablehnung für das größte Glück erklärten, haben jetzt nur noch eine Sorge, daß nämlich die Friedensaktion des Präsidenten Wilson in Fluß geraten könnte. Dieselben Leute, die am Sonnabend bei der Begrüßung des amerikanischen Botschafters zufälligerweise nicht zugegen waren, haben in ihrer Presse großen Karm über eine Budapestter Neujahrsrede des Grafen Andrássy geschlagen, in der gesagt worden sein soll: wenn die Gegner die Friedensbedingungen der Mittelmächte zu erfahren wünschten, so könnten sie sich über sie bei Wilson Auskunft holen, dem sie mitgeteilt werden würden. Ein solcher Karm ruft dann gewöhnlich, wenn nicht allzu schwere politische Bedenken dagegen walten, die offiziellen Beidwärtigungshofräte an die Arbeit, die sich nun auch diesmal unter der Ueberschrift „Die wirkliche Sachlage“ in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgendermaßen vernehmen lassen:

Aus einer Äußerung des Grafen Andrássy, deren Wortlaut und nicht vorliegt, wird in der Presse mehrfach geschloffen, daß die deutschen Friedensbedingungen dem Präsidenten Wilson bekanntgegeben worden seien. Die „Königliche Volkszeitung“ gibt dazu eine Meldung wieder, nach der die Mitteilung unserer Friedensbedingungen an den Präsidenten tatsächlich erfolgt sei. Das Wort ist falsch unterrichtet. Die wirkliche Sachlage ergibt sich aus unserer Antwortnote auf die amerikanische Anregung.

Also, die Friedensbedingungen sind Wilson bisher nicht mitgeteilt worden. Sollen sie ihm noch bekanntgegeben werden? Auf diese Frage erfolgt die etwas dunkle Antwort: „Die wirkliche Sachlage ergibt sich aus unserer Antwortnote auf die amerikanische Anregung.“

Man muß also auf die Note Wilsons vom 21. Dezember und die deutsche Antwortnote vom 27. Dezember zurückgreifen. In seiner Note vom 21. Dezember hatte der Präsident der Vereinigten Staaten ausgeführt, es möge „baldig Gelegenheit genommen werden, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abbruch gebracht werden könnte und über die Vorkorrekturen, die gegen die Wiederholung der Kriege . . . in der Zukunft zur Friedensstellung der Völkerschaften leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit ergäbe, sie offen zu vergleichen.“

Darauf antwortete die deutsche Regierung am 26. Dezember, sie habe die hochherzige Anregung in dem freundschaftlichen Geiste aufgenommen, der in der Mitteilung selbst zum Ausdruck komme. Sie halte einen unmittelbaren Gedankenaustausch zwischen den kriegführenden Staaten für den geeignetsten Weg, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen.

Dieser unmittelbare Gedankenaustausch ist mittlerweile von den Gegnern abgelehnt worden. Für die gegenwärtige Situation ergibt sich also aus der deutschen Note vom 27. Dezember nichts. Weder ergibt sich daraus, daß nunmehr die Mitteilung der Friedensbedingungen an Wilson erfolgen, noch, daß dies nicht geschehen solle.

Für das Verhalten der deutschen Regierung sind offenbar diplomatische Erwägungen maßgebend.

Sie will den Anschein vermeiden, als ob sie dem Frieden nachlaufen und durch die Vermittlung Wilsons erbitten wollte; sie wird darum dem Präsidenten Wilson ihre Bedingungen nicht mitteilen, wenn er sie nicht danach fragt. Wenn er sie aber fragt — was dann?

Da nun die offizielle Mitteilung darüber keine Antwort gibt, können wir an ihre Stelle nur unseren Wunsch setzen. Und der ist, daß sich die Regierungen der Mittelmächte den Friedensbereitschaften Wilsons nicht unzugänglich zeigen möchten.

Die Aktion Wilsons hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn man ihr keine Hindernisse in den Weg legt. Solche Hindernisse unüberwindlicher Art würden aber an einem verdohten Schweigen beider Parteien über ihre Friedensbedingungen herantreten. Allerdings gilt genau dasselbe wie für die Mittelmächte auch für ihre Gegner; auch sie dürfen sich dem Präsidenten Wilson gegenüber nicht zugespitzt verhalten.

Um ein fertig ausgearbeitetes Friedensprogramm wird es sich dabei auf keiner Seite handeln können, dieses wird erst durch die Friedensverhandlungen selbst in feste Formen gegossen werden. Wie in diesem Krieg alles ins Ungemessene gewachsen ist, so wird auch das künftige Friedensprotokoll,

Die Beute in der Dobrudscha.

Sofia, 6. Januar. Der Generalstabesbericht vom 6. Januar meldet: Vom 14. Dezember bis heute wurden in der Dobrudscha 37 Offiziere und etwa 6000 Mann gefangen genommen, 16 Geschütze, 35 Maschinengewehre und anderes Kriegsmaterial erbeutet.

Türkische Erfolge bei Hamadan.

Konstantinopel, 6. Januar. Amtlicher Bericht. Frontfront. Feueranschlag der Infanterie und Artillerie.

Perische Front. Eine aus drei Kavallerie-Regimenten mit zwei Geschützen bestehende feindliche Streitmacht griff am 4. Januar unsere Vorkosten östlich von Hamadan an. Der Angriff wurde abgeschlagen. Am gleichen Tage machten zwei Kavallerieregimenter einen Angriff auf unsere Truppen, die in der Umgebung von Bidjar lagerten. Der Kampf dauerte den ganzen Tag an. Gegen Abend trafen unsere Verstärkungen ein und machten einen Angriff auf den linken feindlichen Flügel, wodurch der Kampf zu unseren Gunsten beendet wurde. Am folgenden Tage erneuerten unsere Truppen ihre Gegenangriffe und warfen den Feind zurück, der in die Flucht geschlagen wurde. Die Verluste des Feindes sind beträchtlich, während die unseren unbedeutend sind.

An den anderen Fronten hat sich nichts von Bedeutung ereignet. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Griechenlands Bedrängnis.

„Wahnsinnstaten.“

Amsterdam, 6. Januar. Der „Morning Post“ wird aus Athen vom Mittwoch gemeldet, die griechische Re-

gierungspläne offenbar die eine oder andere „Wahnsinnstat“; dieses könne man aus verschiedenen Anzeichen entnehmen, namentlich daraus, daß die Reservisten heimlich zum Dienst eingefordert und in Kenntnis gesetzt würden, daß sie sich bereithalten müssen, binnen einer Stunde nach Empfang der Verständigung sich bei ihrer Truppe zu melden. Der Korrespondent der „Morning Post“ erfährt ferner, daß umfassende militärische Maßregeln, namentlich mit Bezug auf die Artillerie, die Lebensmittelvorräte und die Munition getroffen werden.

Nach Wahnsinn sieht das keineswegs aus. Höchstens für den Geisteszustand der Ententebedrücker ist der Ausdruck charakteristisch.

Budapest, 7. Januar. Nach Meldungen, die aus Athen nach Sofia gelangten, ist dort die Erregung und Unzufriedenheit mit der Entente im Wachsen begriffen. Die Kundgebungen sind wieder an der Tagesordnung. Die griechische Regierung ist wohl geneigt, der Entente Konzessionen zu machen, organisiert jedoch gleichzeitig die Armee. (Griff. Sla.)

Holland schließt sich der Friedensaktion nicht an.

Haag, 6. Januar. Der Minister des Aeußeren hat auf eine Anfrage eines Mitgliedes der Zweiten Kammer geantwortet, daß die niederländische Regierung keine Schritte zur Förderung des Friedens unternehmen werde, da sie davon überzeugt sei, daß derartige Schritte ihrerseits unter den gegenwärtigen Umständen dem beabsichtigten Ziel nicht nützlich sein würden.

in dem unzählige Einzelfragen zu erledigen sind, einen Verkonband ausfüllen. Es kann sich also bei der Mitteilung der Friedensbedingungen an den Präsidenten Wilson nicht um die plötzliche Ausschüttung eines unendlichen Paragrafenwesens, sondern nur um ein fortgesetztes Frage- und Antwortspiel handeln, bei dem auch manche Frage gestellt werden mag, auf die es eine endgültige Antwort überhaupt noch nicht gibt.

Man kann es vielleicht als eine Frage der diplomatischen Technik betrachten, inwiefern dabei von den Betragten eine gewisse Reserve beobachtet und ihr eigenes Verhalten von dem der Gegner abhängig gemacht werden kann. Aber eine grundsätzliche Ablehnung jeder Antwort an Wilson kann auf keinen Fall in Betracht kommen. Durch eine solche Ablehnung würden sich die Mittelmächte in direkten Gegensatz zu ihrem Friedensangebot vom 12. Dezember begeben wie zur deutschen Note vom 27. Dezember, in der gesagt wird, daß die deutsche Regierung die „hochherzige Anregung“ Wilsons in freundschaftlicher Gesinnung aufgenommen hat.

Daß diese freundschaftliche Gesinnung keine bloße Redensart ist, zeigt der Empfang des amerikanischen Botschafters, Herrn Gerard, am vorigen Sonnabend, bei dem in später Stunde auch noch der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr Zimmermann, erschien, um das Vorhandensein freundschaftlicher und vertrauensvoller Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika zu bestätigen. Vertrauensvolle Beziehungen kann man aber nicht dadurch festigen, daß man ein faktisches Mißtrauen betätigt; hochherzige Anregungen kann man nicht entprechend würdigen, indem man sie ignoriert; freundschaftliche Gefühle kann man nicht zum Ausdruck bringen, indem man auf Fragen, die im Interesse der Wiederherstellung des Friedens gestellt werden, grundsätzlich die Antwort verweigert.

Darum hegen wir die feste Zuversicht, daß die Bemühungen Wilsons zur Wiederherstellung des Friedens von deutscher Seite jede Förderung erhalten werden, die mit der Absicht, einen Frieden der Verständigung auch wirklich zu erreichen, vereinbar ist. Es wird vielleicht nicht alles so schnell gehen, wie wir wünschen würden, aber es muß gehen, und die stärksten Hindernisse werden sicher nicht auf der Seite der Mittelmächte, sondern vielmehr auf der ihrer Gegner zu überwinden sein.

Ein Erfolg der amerikanischen Friedensbestrebungen ist um so eher zu erwarten, wenn auch die Gegner sich bereit zeigen sich mit Wilson in eine Unterhaltung über ihre konkreten Friedensziele einzulassen.

Die französischen Sozialisten fordern seit langem die Veröffentlichung der Kriegsziele der Entente. Sie könnten, ohne diese grundsätzliche Forderung aufzugeben, der Sache des Friedens einen wesentlichen Dienst erweisen, wenn sie auch die Entente-Regierungen dazu veranlassen könnten, wenigstens mit Wilson über ihr Friedensprogramm zu verhandeln. Dann wäre für die Regierungen der Mittelmächte auch der letzte Grund oder Schein von Grund, sich anders zu verhalten, fortgefallen.

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote Wilsons ist noch nicht erfolgt, sie dürfte aber in diesem Augenblick schon abgeschlossen vorliegen. Man darf gespannt sein, ob sich in ihr eine Spur französisch-sozialistischer Einflüsse zeigen wird. Wer die Veröffentlichung der Friedensbedingungen wünscht, kann selbstverständlich auch nichts dagegen haben, daß sie einer neutralen Macht, unter der Hand mitgeteilt werden.

Die deutsche Regierung hat sich in dieser Beziehung noch nicht festgelegt, aber eine Festlegung in negativem Sinne ist nach dem vorher Ausgeführten so gut wie undenkbar. Eine solche Festlegung hätte auch gar keinen Sinn, es muß ja einmal der Tag kommen, an dem sie wieder aufgegeben wird. Nachdem das Angebot eines direkten Meinungs-austausches abgelehnt worden ist, bleibt als einziger Weg, der zum Frieden führt, die Vermittlung. Man könnte es begreifen, wenn sich die deutsche Regierung nach ihm nicht drängte. Man könnte es nicht begreifen, wenn sie sich vor ihm drückte!

Die feindlichen Heeresberichte.

Russischer Heeresbericht vom 6. Januar.

Westfront: Am Abend des 3. Januar bemächtigten sich die Deutschen nach heftiger Artillerievorbereitung einer Insel in der westlichen Düna, östlich des Dorfes Glanbach, nördlich von Dvinsk. Im Laufe der Nacht vom 3. zum 4. mochten die Deutschen in diesen Massen einen Angriff von dieser Insel auf unser Flußufer, wurden aber durch Feuer abgewiesen. Der Feind machte, ungefähr eine Kompagnie stark, ohne zu schießen, einen Angriff auf einen Abschnitt unserer Stellung beim Dorfe Natkur, 30 Werst südlich von Vosto, wurde aber durch unser Feuer angehalten. Versuche des Feindes, auf unser Flußufer östlich von Przegany in der Gegend von Schelme überzugehen, wurden durch unser Feuer angehalten. Südlich von Polatvina griffen unsere Kämpfer eine starke Abteilung feindlicher Kämpfer an. Im Verlauf eines Bajonettkampfes wurden diese Oesterreicher niedergemacht. Ein Teil floh, der Rest wurde gefangen genommen.

Rumänische Front: Feindliche Kolonnen, die auf unsere Gräben in der Gegend von Rotumba im Turotschal vorgingen, wurden durch Feuer zertrümmert. Nach starker Artillerievorbereitung griffen beträchtliche feindliche Kräfte fünfmal die Höhen südlich des Tschabonischales an. Die Angriffe wurden abgewiesen. Drei Angriffe des Feindes auf einen Abschnitt unserer Stellungen nördlich des Vitoshlusses wurden abgewiesen. Der Feind trieb unsere vorgeschobenen Abteilungen östlich von Popesht, nördlich des Zusammenflusses der Flüsse Jabala und Putna zurück; ebenso in der Gegend von Nerussa, 2 Werst südlich des Zusammenflusses der genannten Flüsse. In der Gegend von Aetresia, 12 Werst südlich von Karuzi, trieb der Feind die Rumänen ein wenig zurück. Vier feindliche Angriffe in der Gegend von Sapatuna, 14 Werst nordwestlich von Jocsani, wurden von den Rumänen abgewiesen. Der Feind griff in Stärke von etwa 3 Divisionen, unterstützt von 30 Batterien, unsere Abteilungen südlich der Mündung des Bugus an und trieb sie zurück.

In der Dobrudscha unternahm der Gegner erbitterte Angriffe in der Gegend von Vacareni, 15 Werst östlich von Brasiloff. Während des ganzen Tages kämpften unsere Abteilungen hartnäckig mit überlegenen Kräften des Feindes und fügten ihm große Verluste zu. Aber gegen Abend wurden sie gezwungen, den Rückzug auf das andere Ufer der Donau anzutreten.

Kaukasus und persische Front: Von Sullamabad aus ging in der Nacht zum 30. Dezember eine Abteilung berittener Freiwilliger in Richtung auf Zurbuschid vor. Am 30. Dezember nahm sie nach Kampf das Dorf Igna, schlug Sabalarie und Gerdarmen im Paß von Tullia, durchbrach am 31. Dezember bei Verfolgung des Feindes seine ausgebaute Linie bei Gurab und besetzte gegen 8 Uhr abends Dowlatabad. Der aus Dowlatabad gemorkene Feind leitete auf den Höhen an der Straße von Dowlatabad nach Amirabad Widerstand, wurde aber aus diesen Stellungen getrieben und wurde durch fortgesetzte, energische Verfolgung gegen Koffabad zurückgetrieben.

Zur Begrüßung Gérards.

Berlin, 7. Januar. Bei dem gestrigen Essen der amerikanischen Handelskammer zu Ehren des Botschafters Gerard hielt der Präsident der Handelskammer, J. Wolf, die Begrüßungsansprache an die Gäste. Er rühmte zunächst das gute Verhältnis, in dem sich die Handelskammer zum Botschafter Gerard befindet. Niemand könne bezweifeln, daß Herr Gerard seinen Ehrgeiz, der amerikanischen Botschafter

zu sein, der jemals in dieser Hauptstadt weilt, erfüllt sehen werde. Wie wenig Grund die Gerüchte hatten, daß der Botschafter aus Amerika nicht mehr zurückkommen werde, das zeige die Zusammenkunft der Festafel. Die Befürchtungen vieler, daß zwischen Deutschen und Amerikanern das Licht sich geschnitten sei, seien durch den Abend widerlegt. So wie die Bürger der alten und der neuen Welt friedlich an einem Tische Platz finden, so stehe auch das Erdentum Raum genug für friedliches Nebeneinanderleben und für freundschaftliche Gemeinschaft aller Kulturvölker, wenn keiner dem anderen Luft, Licht und Lebensfreiheit mißgönne.

Staatssekretär Dr. Helfferich dankte hierauf in der bereits gemeldeten Rede.

Herrenhausmitglied von Gwinner, Direktor der Deutschen Bank, hielt eine humorvolle Ansprache über die Entwertung der deutschen Saluta. Er beklagte die Frage durch einige eigene Erfahrungen.

Henderson gegen den Status quo.

Amsterdam, den 7. Januar. (Z. U.) Nach Meldungen aus London hat der dem Kriegsrat angehörende Arbeitsminister Henderson

in einer Unterredung mit einem Korrespondenten des „New York Tribune“ erklärt: Der Militarismus oder wenigstens dessen Ursache sei darin zu suchen, daß die Armeen nicht die Stellung einnehmen, welche ihr zukommt. Nach seiner Meinung müsse entweder der deutsche Militarismus unter strenge Kontrolle der Regierung gestellt oder sein Einfluß so geschwächt werden, daß er nicht mehr länger eine Gefahr bildet. Der preussische Militarismus sei, so erklärte Henderson weiter, ein organisiertes Mittel, um durch ungesetzliche Anwendung einer demoralisierten Militärmacht die Welt Herrschaft zu erlangen. Wer daran zweifle, der solle einmal lesen, was in Deutschland im Jahre 1914 über das Kriegsziel geschrieben worden sei und mit dem vergleichen, was heute darüber gesagt werde. Man höre jetzt nicht mehr, daß Deutschland nach einem Krieg an der Sonne strebe, wie es in den Zeiten der Kriegserklärung behauptet habe. Es sei denn, daß eine tabulose Umkehr in den deutschen Charakter komme; dann müßten wir nicht nur alles tun was nötig ist, damit Deutschland die Fehler seiner Politik einsehe, sondern wir müßten auch dafür sorgen, daß diese Politik, soweit sie bestehen bleibt, in der Zukunft keine Gefahr mehr bilden kann. Angenommen, der Friede würde auf der Basis des Status quo ante geschlossen werden, dann, so fuhr Henderson fort, vergessen Sie nicht, daß Deutschland, obwohl es ihm nicht gelungen ist, seine Feinde zu besiegen, es doch das große Übergewicht über seine Bundesgenossen gewonnen hat. Deutschland hat Oesterreich, die Türkei und Bulgarien ganz seinem Willen unterworfen, und ein mitteleuropäischer Staat ist eine politische Wirklichkeit geworden. Es ist deshalb unmöglich, zu dem Zustande, welcher vor dem Kriege zwischen Deutschland und seinen heutigen Bundesgenossen bestanden hat, zurückzukehren. Schon deshalb können wir den Status quo ante nicht annehmen. Wir können nicht dulden, daß durch eine so starke Macht wie Deutschland Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien unter deutsche Kontrolle gestellt werden.

Und wer kontrolliert alsdann den Entente-Militarismus?

Erfolg der fünften ungarischen Kriegsanleihe

Budapest, 7. Januar. Am Montag werden die Zeichnungen auf die fünfte Kriegsanleihe geschlossen. Nach bisher vorliegenden Berichten ist das Ergebnis nicht hinter dem der vierten Anleihe von etwa 2 Milliarden zurückgeblieben. (Frankfurter Zeitung.)

Der Seekrieg.

Berlin, London, 6. Januar. London meldet: Der Dampfer „Alden“ (432 Brutto-Register-Tonnen) aus Bergen ist am 2. Januar durch Geschütze eines deutschen Unterseebootes versenkt worden. Die Mannschaft ist von dem dänischen Dampfer „Charlow“ heute gelandet worden.

Die „Petit Journal“ aus Lissabon meldet, wurden die französische Golette „Notre Dame de Berger“ und die Bark „Capricieuse“ versenkt. Aus Nantes meldet das Blatt die Versenkung des Dampfers „Omnium“, aus West die Versenkung der englischen Dampfer „Galland“ und „Carole“. Die Besatzungen sind gerettet. „Petit Parisien“ berichtet aus Vigo, der norwegische Dampfer „Ehra“ mit einer Kohlenladung wurde von spanischen Fischern verlassen aufgefunden. „Petit Parisien“ meldet aus St. Malo: Die Golette „Mih Roub“ ist versenkt worden. Die Besatzung wurde durch einen griechischen Dampfer gerettet, der später aber gleichfalls versenkt wurde.

Dänemark sichert sich seine Handelsflotte. Kopenhagen, 6. Januar. Die Vercharterung dänischer Schiffe auf Zeit an fremde Regierungen, Bürger und Firmen wird durch Verzungung des Ministers des Innern von der jedesmaligen Erlaubnis des Handelsministeriums abhängig gemacht.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Zivilverwaltung in Rumänien. Der Zubecker „Dnepr“ berichtet, die Städte Bukarest, Bessarabi und Olinitza wurden bulgarischen Postdirektionen zugebilligt. Andere bulgarische Blätter melden, daß infolge eines Beschlusses des Ministerrates am 1. Januar in der Dobrudscha überall bulgarische Schulen wieder eröffnet wurden; die Unterrichtssprache ist natürlich die bulgarische.

Englischer Luftangriff auf bulgarisches Gebiet. London, 6. Januar. Amlich. Ein englisches Flugzeuggeschwader griff am 4. Januar die Eisenbahnbrücke über die Barika bei Kulest Burgas an. Wie gemeldet wird, ist ein Bogen der Brücke gänzlich zerstört worden.

Kupferverkaufverbot in England. Der englische Munitionsminister hat verordnet, daß in England Kupfer nur noch für Munitionszwecke verkauft werden darf.

Ein Tag in Bukarest.

Die Sieger als Befreier.

Von unserem Berichterstatter Hugo Schulz.

Bukarest, 12. Dezember.

In Bukarest sieht es nicht aus wie in einer Stadt, der der Feind auf den Nacken sitzt, sondern wie in einer Stadt, die willkommene Gäste beherbergt und aus irgendeinem festlichen Anlasse der Schauplatz lebhaftesten Fremdenverkehrs geworden ist. Man ist einfach entzückt von den Eroberern, und das ganze Verhalten der Bukarester Bevölkerung macht es offenkundig, daß Rumänien auch anders hätte können. Kaufleute und Gastwirte machen die glänzenden Geschäfte, die Soldaten — überwiegend deutsche, aber auch zahlreiche Oesterreicher und Ungarn — drängen sich in den Läden und machen mit wahrer Leidenschaft Einkäufe, ohne zu feilschen. Für das Vergnügen, in einer großen eleganten Stadt ein paar Stunden herumzuwandern zu dürfen, lassen sie sich sogar ganz gerne ein bißchen „warzen“. Die Soldaten, denen man doch sonst fastige Wobheit nachsagt, gelten hier als fabelhaft feine Leute — feiner sogar, als man sich die Franzosen vorstellt — und man ist davon nicht einmal überrast, denn an die Menschenaffenmärchen, die der „Abererul“ den Ententeblättern nachzählt, hat in Rumänien niemand geglaubt. Man hielt sie für fromme Lügen und nichts weiter. Der Krieg war ja für Rumänien bloß eine Sache nächster Spekulation, denn die Triebkräfte der Leidenschaft fehlten. Die Spekulation war verfehlt, nun kann man — so meint ganz Bukarest — ruhig wieder zu den alten freundschaftlichen Beziehungen zurückkehren, deren Dokumente nun aus allen Kellern, in die sie zeitweilig verschwand, wieder herangezogen werden. Ich habe in den Schaufenstern der Wiener und Budapester Buchläden lange nicht soviel deutsche Kriegsliteratur ausgehängt gesehen, wie in denen der Bukarester Buchhandlungen. Durch die Gassen rasen mit wildem Geschrei kleine rumänische Jungen, die Anführerarten mit dem Silbe Wadenfens feilschen. Alles will übrigens Wadenfens sehen, und man möchte fast glauben, daß er ein rumänischer Volksheld ist. Es soll in Caribda genau so zugegangen sein. Das gibt mir die Gewißheit, daß dieser Wandel der rumänischen Volksstimmung ein innerlicher Prozeß ist, denn Caribda gilt als echt rumänische Stadt, während Bukarest das Gepräge einer Kolonialstadt hat, deren Bevölkerung nur locker in nationalen Boden wurzelt. Ein östliches Chicago. Trotz den 50 000 Bewohnern von Bukarest, die in die Interniertenlager abgeführt wurden, ist noch ein starkes Drittel

der Zurückgebliebenen nicht rumänischer Herkunft. Neben den Juden gibt es da noch außerordentlich viele Deutsche, Oesterreicher und Ungarn, die auf freiem Fuße bleiben, weil man sich begnügt, einige ihrer Angehörigen zu internieren oder weil sie gute Beziehungen hatten oder weil die Dauer ihres Aufenthaltes und ihre Familienzusammenhänge ein neutrales Verhalten zu verbürgen schienen. Solchen Freunden, deren Söhne in der rumänischen Armee dienen, blieb bis auf einige Ausnahmefälle das Schicksal der Internierten erspart; meist wurden auch jene verschont, die seit Jahrzehnten als Geschäftsleute ansässig und offenkundig mit allen ihren Interessen an das Land geknüpft sind, mitunter aber auch eben erst zugewanderte, Männer, die unentbehrlich schienen, um wichtige Unternehmungen im Betriebe zu erhalten.

Das Internierten-Lager befand sich im Osten von Bukarest gar nicht weit entfernt von der Stadt in der Umgebung des Ortes Jalonika. Die Internierten sind bis auf die nicht gar wenigen, die durch Verletzung ihre Fesseln rechtzeitig lockerten und, als dann die Panik entstand, nach Bukarest durchgehen konnten, jetzt nach Russland gebracht worden. In Jalonika ging es ihnen nicht gut. Die ganz Wohlhabenden, denen Selbstverpflegung gestattet war, konnten sich um teures Geld lediglich einrichten, die anderen aber hatten schmale, völlig fleischlose Kost und schlechte Unterkünfte. Es wurden auch viele rumänische Juden, die bei deutschen Firmen in Stellung gewesen waren, interniert, obgleich sie aus altansässigen Familien stammten und Angehörige in der Armee hatten. Mit großer Tapferkeit und unermüdetem Eifer hat sich der holländische Gesandte Jondheer van Bredenburg bemüht, das Los der Internierten zu verbessern — wie es heißt, auch mit Erfolg.

Schlummer noch als den Internierten erging es den überaus zahlreichen Personen, die unter unbestimmtem Verbaht, dem Feinde Dienste zu leisten, in Untersuchungshaft gebracht wurden, und zwar in die Gefängnisse von Vacaresti und Dominesti bei Bukarest. Unter ihnen befanden sich überaus viele Frauen, die alle in Dominesti untergebracht wurden, bis auf die Prostituierten, die man nach Vacaresti überführte. Vielleicht aus anerkenntenswerter Rücksicht auf die anderen Frauen, denen man solche Gesellschaft nicht zumuten wollte, vielleicht aber bloß deshalb, weil diese abenteuerlichen Mädchen in höherem Maße verdächtig schienen. Es wurden übrigens sehr viele junge Leute beiderlei Geschlechts auf dürftige Beschuldigungen hin zu mehrjährigen Kerkerstrafen verurteilt. Alle diese Verurteilten, sowie überhaupt alle Personen, die sich in Vacaresti und Dominesti in Haft befanden, hat das Erscheinen der Sieger mit einem Schloß aus ihren Ketten gelöst. Auch 5 Mit-

glieder des Cercul Socialdemokratia Kalousky befindet sich nicht darunter, er ist in der Moldau interniert. Seine Frau lebt in Bukarest. Die Partei zählte in dieser Stadt vor dem Kriege 2000 eingeschriebene Mitglieder. Nach Kriegsausbruch wurde das Arbeiterheim, das sich in einem Privathause befindet, samt den Klubzimmern mit der Bibliothek von der Behörde gesperrt und versiegelt, die Tätigkeit des „Cercul“ eingestellt. Ein als Landfuhrmann zu Lokobalanten eingerückter Genosse veranstaltete im Verein mit dem Führer der Jugendlichen Valeriu Marcu und mit der Kerstin Frau Dr. Argoci, der Tochter eines russischen Revolutionärs, in der Strada Circulariu gelegentlich kleine Zusammenkünfte der Parteimitglieder. In den nächsten Tagen wird das Arbeiterheim wieder eröffnet werden.

Ein Vater der Stenographie.

Am 8. Januar jährt sich zum 50. Male der Todestag Stolzes, des Begründers der nach ihm genannten Stenographie. Stolze, ein Berliner Kind, und von Beruf Versicherungsbeamter, wandte bereits in seinen Jugendjahren sein Hauptberufinteresse dem Ausbau eines zweckmäßigen Kurzschreibsystems zu. Als im Jahre 1835 die Gabelbergerische Anleitung zur Redezeichenkunst erschien, entließ er sich, seine sichere Anstellung aufzugeben, um sich ganz dem zu widmen, was er als seine Lebensaufgabe anzusehen gelernt hatte: der Festlegung einer idealen, allen Forderungen genügenden deutschen Stenographie. In seinen Ansprüchen an ein derartiges System ging er noch über Gabelberger hinaus, der in seiner Kurzschrift hauptsächlich ein Mittel zum schnellen Nachschreiben geben wollte; Stolze wollte mit seiner Stenographie eine weitgehende Erleichterung bei jeder umfangreichen Schreibleistung gewährleisten und legte daher großes Gewicht auf Geläufigkeit, Zuverlässigkeit und leichte Beschaffenheit. Die vollständige Bezeichnung aller Laute, jedes einzelnen Wortes, so äußerte er sich selbst, „müßte vorhanden sein, jeder Laut muß durch einen Quastfaden, jeder fehlende Laut durch eine Regel vertreten sein.“ Mit unermüdetem Fleiß, echt deutscher Gründlichkeit und bewundernswürdiger Selbstkritik strebte er seinem Ziele nach. Nachdem er bis 1838 noch kaufmännisch tätig gewesen war, widmete er sich von da ab vollständig der Ausarbeitung seiner Kurzschrift, deren Regeln er in dem 1841 erschienenen „Theoretisch-praktischen Lehrbuch der deutschen Stenographie“ niederlegte. Bald eroberte sich das neue System weite Kreise und im Jahre 1844 wurde zu Berlin der erste Stenographenverein des Reichlandes gegründet. Wenn jetzt auch, hauptsächlich durch die Ausgestaltung des Systems Stolze-Schrens, die altklassische Stenographie, wie sie genannt wird, mehr und mehr aus Schreibrufen und Hörjulen verdrängt, so sollte doch nicht vergessen werden, was die deutsche Stenographie dem Meister Stolze verdankt, der ihr neben Gabelberger die erste feste Grundlage gegeben hat.

Erkung eines erfolgreichen U-Bahnführers. Sanderburg, 7. Januar. Die städtischen Kollegien haben einstimmig beschlossen, dem Kapitänleutnant Max Valentiner, Kommandanten eines U-Bahnbootes, Sohn des Kirchenpropstes Valentiner in Sanderburg, das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu verleihen.

Die bulgarische Sobranje hat sich bis zum 12. Februar verlagert.

Im Luftkampf fiel der französische Hauptmann Robert de Beauchamp, der seinerzeit die Angriffsflüge nach Essen und München unternahm. Er stürzte tödlich verwundet auf das Fort Douaumont nieder. Der „L.A.“ meint, mit der Wiederholung von Flügen, wie Beauchamp sie nach Deutschland hinein unternahm, werde man, obwohl diese gänzlich erfolglos gewesen seien, rechnen müssen.

Ein englischer Hilfsdienstinhaber. Nach dem „Daily Chronicle“ werden die Behörden den Hilfsdienst zu einem regelrechten Ministerium ausbilden, dessen Haupt Lord Cotnam es im Oberhaus und Major Gorch im Unterhaus vertreten werden. Der Admirallität wird wahrscheinlich ein Luftlord (Air-Lord) zugeführt werden, dem die Leitung des Marineflugwesens obliegen soll.

Steigerung des englischen Außenhandels. London, 6. Januar. (Nachung des Reuterschen Bureaus.) Die Einfuhr im Jahre 1916 betrug 940 152 679 Pfund Sterling, was eine Steigerung um 97 250 329 Pfund bedeutet, die Ausfuhr 506 546 212 Pfund (Steigerung um 121 677 764 Pfund), die Einfuhr im Dezember 75 406 308 Pfund (Steigerung um 579 391 Pfund), die Ausfuhr 39 928 469 Pfund (Steigerung um 6 980 941 Pfund).

Französische Kohlenämter. Bern, 6. Januar. Louis de Jouvenot teilt die Handelskammer von Clermont-Ferrand und Yssore mit, daß vier Kohlenbergwerke ihres Bezirkes spätestens in acht Tagen die Kohlenförderung ganz einstellen müßten, wenn nicht die Bergwerke, in denen bereits 33 000 Können zur Verachtung bereit liegen, sofort davon befreit würden. Bei Einstellung des Betriebes würden über 5000 Arbeiter brotlos werden.

Kanadische Pflücktruppen. Im letzten Jahr haben sich in Kanada 178 587 Mann für den Kriegsdienst über See gemeldet. Seit Kriegsbeginn sind 385 955 Mann gestellt.

Die Pläne für den neuen Kriegsabschnitt.

In Rom auf der Entente-Konferenz sollen sie „verwirklicht“ werden, und da Rom als Sitz dieser Konferenz gewählt wurde, so schließt das die Anerkennung der Wichtigkeit der italienischen Front im Zusammenhang mit den östlichen und den Balkanfronten in sich. So schreibt wie „Stefani“ meldet, nun auch die römische „Tribuna“, die des weiteren ebenfalls feststellt, es handle sich bei der Zusammenkunft um eine Veranlassung, die ein taftsträgliches Vorgehen und eine energiereichere Führung des Krieges zum Zweck habe.

Auch die „Idea Nazionale“ und der „Corriere d'Italia“ — alles Blätter, die den Wind der leitenden Politik wehen hören — betonen diese Punkte. Das letztgenannte Blatt sagt: „Die gegenwärtig besonders bedeutungsvollen Probleme sind die Lage an der Front von Saloniki und die Lage in Griechenland. Die Konferenz wird die geeigneten Pläne fassen, um die Gegner zu zwingen, den Kampf an jenen Punkten anzunehmen, wo ihr Widerstand am schwächsten ist.“

Man möchte ihn natürlich gern — wer versteht das nicht? — von den Punkten wegziehen, wo er sich stark erweisen hat. Aber einstweilen ist das noch auf allen Fronten der Fall gewesen und die Schwäche war schließlich immer bei den Herren der Entente.

Der römische Vertreter der „Stampa“ äußert, daß der Kriegszustand vorzüglich entscheide, ob das Orientale zurückzuziehen ist oder nicht. Also Saloniki! In dieser Beziehung ist vielleicht das zu werten, was die „Idea Nazionale“ schreibt:

„Unter den dringlichsten Fragen befindet sich zweifellos die eines allgemeinen Aktionsplans. Die Entente muß die entsprechenden Lehren aus den bereits gemachten Erfahrungen ziehen, welche gezeigt haben, daß es nutzlos ist, die Kräfte zu zerstückeln, und daß man die wichtigsten und am wenigsten widerstandsfähigen Punkte des Feindes angreifen muß.“

Nach einer italienischen Information der „Tel-Union“ soll England von Italien eine einheitliche Politik gegenüber Griechenland und die Verhinderung der italienischen Truppen in Ragadonien verlangen. Es kann schon sein, daß sich hier der Streitpunkt andeutet: die Italiener, die sich immer geirrt haben, ihre Streitkräfte irgendwo im Orient zu verpulvern, wehren sich gegen die Front von Saloniki. Sie haben allerdings kein Interesse daran, ihr Verhältnis zu Griechenland für die Zukunft zu ruinieren.

Politische Uebersicht.

Kriegshysterie.

Es sind neuerdings wieder Fälle rechtswärtiger und grauamer Behandlung glaubhaft bezeugt worden, die deutsche Kriegsgefangene in Frankreich erdulden mußten. Der deutschen Regierung ist es schon mehrfach gelungen, bösserrechtswidrige Uebergriffe gegen unsere gefangenen Mitbürger zum Aufhören zu bringen und wir hoffen, daß sich auch zur Abstellung der jetzigen Klagen geeignete Wege finden werden. Völlig ungeeignet sind allerdings aus blinder Wut geborene Vorschläge, wie sie z. B. Otto Eichler in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ macht. Nachdem er sich in einen förmlichen Jarnesrausch hineingefahren hat, der in den Franzosen nur noch eine „Nation von Apachen und Dinen“ sieht, schreibt er auf:

„Wenn denn nicht wenigstens unsere Generale mit den natürlichen Empfindungen des Mannes, des Deutschen und Soldaten, mit dem Pflichtgefühl der Fürsorge für die namenlos Leidenden unseres Heeres die neuesten Veröffentlichungen über die holländischen Mißhandlungen unserer Gefangenen und Verwundeten? Werden diese Dinge nicht auch systematisch an unserer Front verbreitet? Und wäre es, wenn wir nicht fähig werden zu einem Entschluß gewalttätiger Vergeltung zwecks Abstellung menschlicher: Die Lösung anzugeben, daß an der französischen Front Verbote nicht mehr gesehen und gesonnen wird?“

Ueber diese Lösung unterhalte sich Herr Eichler zunächst einmal vielleicht mit den Müttern und Frauen der deutschen Soldaten, die sich in französischer Gefangenschaft befinden oder an der Somme- und Verdunfront in vorderster Linie stehen. Herr Eichler dürfte auch wohl selber die Zahl der deutschen Soldaten kennen, denen mit Befolgung seiner Parole in den letzten sechs Monaten das Todesurteil gesprochen worden wäre. Falls ihm aber die Antwort der Mütter und Gattinnen nicht genügen sollte, so reise er nur zur Paroleausgabe an die Front, wo man sehr viel Sinn für schlichtes und stilles Selbentum, auch für Menschlichkeit mitten im schrecklichen Ringen, aber um so weniger Sinn für bluttriefende Phantasien der zu Hause sitzenden Feindmenschen hat.

Die Kriegsziele des „Nationalausschusses“.

Die „Magdeburger Zeitung“ ist in der Lage, einen Beschluß zu veröffentlichen, den der unter der Leitung des Fürsten Wedel stehende „Nationalausschuß“ bereits am 12. November 1916 gefaßt hat. In diesem Beschluß werden folgende Voraussetzungen für den Abschluß des Friedens festgesetzt:

1. Der Friede wird nicht nur ein deutscher, sondern zugleich ein Friede unserer Bundesgenossen sein. Das dauernde Zusammengehen der jetzt verbundenen Mächte muß durch ihn gesichert werden.
2. Ueber die von uns eroberten Gebiete ist auf Grund der Kriegslage unter Betonung der deutschen Interessen zu entscheiden. Vor allem sind die strategisch erforderlichen Grenzberichtigungen zu erstreben. Das Schlagwort „Eroberungspolitik“ darf uns nicht abschrecken.
3. Die Freiheit der Meere für uns und für die übrige nicht-englische Welt, namentlich für die neutralen Mächte, ist zu schaffen.
4. Ein festes, lebens- und verteidigungsfähiges Kolonialreich muß uns wiedergegeben werden.
5. Eine unseren Opfern entsprechende Kriegsentschädigung ist zu erstreben.

Der entscheidende Punkt 2 ist derzeit unbestimmt gefaßt, daß es schwer hält zu bestimmen, wie weit diese Kriegsziele sich denen der Alldeutschen annähern oder von ihnen unterscheiden.

Die Erftwahl im 11. Berliner Landtagswahlkreis.

Nachdem das Mandat des Genossen Dr. Karl Liebknecht (Berlin) für den 11. Berliner Landtagswahlbezirk erloschen ist, findet dort eine Erftwahl statt. Der Termin für die Wahlmännerversammlungen ist auf Mittwoch, den 21. Februar 1917, angesetzt. Die erste engere Wahl hat der Oberpräsident am Dienstag, den 6. März 1917, angedeutet, die zweite engere Wahl am Dienstag, den 13. März 1917. Die Abgeordnetenwahl soll dann am Dienstag, den 20. März 1917, eine etwaige engere Wahl am Dienstag, den 27. März 1917, stattfinden. Ferner wird mitgeteilt, daß laut § 9 der Verordnung über die Ausübung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer vom 30. Mai 1849 die Berechtigung zum Wählen für die Feldzugsteilnehmer, mit Ausnahme der Militärbeamten, ruht; jedoch dürfen gänzlich aus dem Heeresdienst entlassene Feldzugsteilnehmer wählen. Es werden neue Wähler- und Abteilungslisten aufgestellt und ausgelegt.

In den preussischen Gemeinderatswahlen. Halbamtlich wird gemeldet: Im Sommer 1915 ist zur Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer den Stadt- und Landgemeinden im Gesehenswege die Befugnis gegeben worden, für die Jahre 1915 und 1916 durch Gemeindebeschlüsse anzuordnen, entweder daß von einer Aufstellung, allgemeinen und Einzelberichtigung sowie Auslegung der Liste der stimmungsfähigen Bürger (Gemeindeglieder) abgesehen und bei Wahlen die letzte endgültig zugrunde gelegt wird, oder, daß bei der gleichmäßigen Aufstellung (Berichtigung) der Listen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer, die den sonstigen Voraussetzungen für den Erwerb und die Ausübung des Bürger-Gemeinde-Mitgliedschafts genügen, eine Winderung der veranlagten Steuerhöhe oder der Einkommensbezüge, die etwa gegenüber den für die letzte endgültige Liste maßgeblichen Verhältnissen eingetreten ist, außer Betracht bleibt.

Es ist damit zu rechnen, daß die Geltungsdauer dieser gesetzlichen Bestimmungen in allerhöchster Zeit auf das Jahr 1917 erstreckt wird. Gemeinden, die sonst noch dem für sie gültigen Gemeindeverfassungsgesetz bereits in der zweiten Hälfte dieses Monats die Auslegung der Liste für die Wahlen zur Gemeinderatswahl würden vornehmen müssen (vornehmlich sind das Landgemeinden), werden gut tun, um sich unnötige Vorarbeiten zu ersparen, auf die Fristdauer der Bestimmungen vom Sommer 1915 Rücksicht zu nehmen.

Geheimrat Dr. Heim.

Der bekannte bayerische Zentrumspolitiker Dr. Heim, der als erster das System des Herrn v. Bodelsch in der schärfsten Weise angegriffen hat, ist vom König von Bayern mit dem Titel eines Geheimen Landesökonomie Rates beliehen worden.

Reichstagsarbeiten. Am 9. Januar wird der Reichstagsausschuß zur Prüfung der Kriegslieferungsverträge wieder zusammentreten, um zunächst die Grundzüge zu prüfen, die beim Abschluß von Lieferungsverträgen für das Heer maßgebend waren. Mitte Januar wird voraussichtlich der Hauptausschuß des Reichstags sich wieder versammeln, und man rechnet damit, daß gegen Ende des Monats auch das Plenum des Reichstags seine Tätigkeit wieder aufnehmen wird. Das ist schon deshalb nötig, weil sonst kaum damit gerechnet werden kann, daß der Etat rechtzeitig fertiggestellt wird. Den Weg des Reichstags trotz der Regierung aber ohne Zwang jedenfalls nicht wieder beschritten wollen.

Preussisches Herrenhaus. Die Tagesordnung für die auf Dienstag, den 23. Januar, anberaumte 14. Plenarsitzung des Herrenhauses umfaßt 16 Punkte, darunter Beratung und Beschlußfassung über das Schenkungsgesetz und das Gesetz zur Förderung der Städtischen. Die übrigen Punkte betreffen zumeist Petitionen.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Im Geschäftsbericht der Allg. Berl. Omnibus-A.-G., die, wie schon gemeldet, für 1915/16 einen Verlust von 1,1 Millionen Mark aufweist, wird ausgeführt: Der Pferdebetrieb erbrachte bei 16 (19) Straßen 6,19 (5,68) Pf., der Kraftwagenverkehr bei 1 (4) Straße 11,29 (11,15) Pf. pro Fahrgast. Die Gesamtzahl der Fahrgäste betrug 72,15 Millionen. Die Zahl der Angestellten sank weiter auf 1046 (1405). Ueber die Neuregelung des Tarifs heißt es, der am 1. Oktober 1916 in Kraft getretene Tarifsteuertarif von zunächst 7½ Pf. habe zwar die Einnahmen gebessert, der Verlust sei indes immer noch erheblich. Die Erhöhung dieses „Uebereinstimmungstaris“ lasse sich auf die Dauer, und zwar auch für eine kommende Friedenszeit nicht umgehen. Die „Fr.“ Ztg.“ bemerkt dazu: Es bleibt abzuwarten, ob diese Ankündigung einer neuen Fahrpreiserhöhung auf Grund der kurzen Erfahrung von erst einem Vierteljahr zeitgemäß ist. Diese etwaigen Fahrpreiserhöhungen können leicht so wirken, daß sie das Publikum der Pferdeomnibusse künftig der Straßenbahn und der Hochbahn, die dergestalt ansehnend unbegrenzte Ueberfüllungsmöglichkeiten haben, in die Arme führen. Beide Konkurrenzunternehmen sind aber durch je 4 Millionen Mark Aktienbesitz (allerdings zu etwa 150 Proz.) an der Omnibusgesellschaft beteiligt. Im Geschäftsbericht wird ferner die Fertigstellung eines Entwurfes für einen geheizten Verkehr leichter Kraftomnibusse im Frieden mitgeteilt. Welterwähnt ist schließlich noch, daß das Pferdekonto — gegenwärtig besitzt die Gesellschaft noch 3633 Pferde gegen 3821 im Vorjahr — von 419 418 M. auf 1 M. abgestrichen ist.

Einzig Kriegstagung des Hansabundes findet am Mittwoch, den 10. Januar 1917, zu Berlin in den Räumen des Lehrervereins statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Eröffnungssprache des Präsidenten des Hansabundes, Geh. Justizrat Prof. Dr. Rieger, R. d. R., Berlin. 2. Die deutschen Berufskände und der Krieg. Kriegsaufgaben und Friedensausichten, Berichterstatter: Industrie:

Kontingenzrat Friedrich-Poisbann, Präsident des Bundes der Industriellen. Handwerk: Obermeister Mahardt-Berlin, Präsident der Handwerkskammer Berlin. Arbeiter: Reichstagsabgeordneter Legien-Berlin, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Großhandel: Witthoefft-Hamburg, Vorsitzender des Hansabundes, Einzelhandel: Gaelper-Hannover, Vorsitzender des Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche. Banken und Finanzwirtschaft: Geh. Oberfinanzrat Hartung-Berlin-Dahlem. Angestellte: Dr. Köhler-Hamburg, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände. Landwirtschaft: Reichstagsabgeordneter Dr. Böhm-Berlin. Zusammenfassende Schlussberatung: Regierungsrat Prof. Dr. Veddig-Berlin, Geschäftsführer des Hansabundes. 3. Mittel-Europa und deutsche Weltpolitik. Berichterstatter: Reichstagsabgeordneter Dr. Roumann-Berlin-Schöneberg; Reichstagsabgeordneter Legationsrat Freiherr von Richtigofen, R. d. R., Berlin.

Soziales.

Teuerungszulagen zu den Leistungen der Sozialversicherung.

Passen schon die seit der üblichen Arbeitslöhne und Gehälter nicht mehr in unsere Zeit der gewaltigen Verteuerung des Lebensunterhalts, so erst recht nicht mehr die Leistungen unserer Sozialversicherung, nämlich die Krankengelder, Unfall- und Invalidenrenten. Im allgemeinen sollen diese Entschädigungen den bisherigen Arbeitsverdienst sein, doch ist dieser Grundloß nur sehr unvollkommen durchgeführt. In der Krankenversicherung wird zur Bemessung der Parzellierung der durchschnittliche Tagesverdienst nur bis zur Höhe von sechs Mark zur Berechnung gezogen (§ 180 der Reichsversicherungsordnung), in der Unfallversicherung bleiben die Renten dauernd nach dem Jahresarbeitsverdienst festgesetzt, der zur Zeit des Unfalls erzielt wurde, so daß jetzt noch die Höhe der Friedenszeit maßgebend sind, und in der Invalidenversicherung sind die Renten überhaupt nach einem freien, vom letzten Arbeitsverdienst gänzlich unabhängigen System berechnet. Diese Einrichtungen machen sich besonders jetzt unangenehm fühlbar und geben den Vertretern der Versicherungen in den Versicherungsträgern Anlaß, die Härten zu mildern. In der Krankenversicherung ist das verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen. In dieser haben die Verwaltungsgremien noch ziemlichen Spielraum in der Festlegung der Leistungen. So beschloß beispielsweise die große Ortskrankenkasse Leipzig, jedem erwerbsunfähigen Kranken, gleichviel in welcher Lohnklasse er sich befindet, pro Woche eine Teuerungszulage von zwei Mark zu geben. Eine entsprechende Zulage erhalten auch die Wöchnerinnen. Die Mehrausgaben werden dem Reservefonds entnommen. Das Oberverwaltungsamt Leipzig gab seine Zustimmung zu der Mehrleistung. In Halle a. S. beschloß die Allgemeine Ortskrankenkasse, jedem erwerbsunfähigen Mitglied und jeder Wöchnerin 25 Pf. pro Tag Zuschlag zu geben. Zu dem Zweck sind zunächst 60 000 M. aus den Mitteln des Reservefonds zur Verfügung gestellt worden. Versicherungsamt und Oberverwaltungsamt genehmigten den Beschluß. Sofern die Summe aufgebraucht ist, soll ein neuer Antrag gestellt werden. Eine ähnliche Teuerungszulage hat auch die Ortskrankenkasse in Königsberg eingeführt. Sie belicht dort in einem prozentualen Zuschlag zum Krankengeld für die Dauer des Krieges. — In der Unfallversicherung sind ähnliche Maßnahmen ausgeschlossen; die von den Unternehmern verwalteten Berufsgenossenschaften halten sich nicht einmal streng an die früher vom Reichsversicherungsamt gegebene Anregung, den Kriegsteilnehmern die Renten in der alten Höhe zu belassen. Den Genossenschaften fehlt eben der sozialpolitische Sauerzweig in der Gestalt der Versicherungsvertreter. — Die Invalidenversicherungsgenossenschaften haben zwar für Kriegsinvaliden eine Erhöhung der Renten über das gesetzliche Maß hinaus können sie aber nicht einführen, selbst wenn sie den guten Willen dazu hätten. Der ganze gegenwärtige Aufbau der Versicherung läßt sich nicht zu. — Größere Freiheiten haben hier die auf landesgesetzlichen Vorschriften beruhenden Knappschaftsvereine. Der große Bochumer Knappschaftsverein genötigt auf Drängen der Knappschaftsämter während der Kriegszeit Zuschlag zu den Invalidenrenten bis zu 8 M., zu den Witwenrenten bis zu 7 M. und für die Witwen von 1 M. monatlich. Der holländische Knappschaftsverein gewährt Teuerungszulagen für die Invaliden von 5 M., für die Witwen von 4 M. und für eine Witwe von 75 Pf. Den Letzteren in der Knappschaftsrentenklasse für das künftige Ende und im holländischen Knappschaftsverein gelang es gleichfalls, den durch die Kriegsteuerung so sehr mitleidenden Invaliden und Witwen ähnlich erhöhte Beiträge zu sichern. — Nun sind zwar auch diese Zulagen noch nicht hinreichend, die entstandenen Mehrausgaben auszugleichen, immerhin sind sie besser wie gar nichts. Es ist daher ihre Erwirkung durch die Versicherungsvertreter nur zu begrüßen.

Letzte Nachrichten.

Botschafter Gerard über die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Ueber die Rede des amerikanischen Botschafters auf dem Empfangsabend der amerikanischen Handelskammer in Berlin bringt W. L. B. noch einen längeren Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Herr v. Gwinner habe gemeint, er (der Botschafter) sei leider ohne Olivenzweig gekommen, da müsse er fragen, ob denn die rote des Präsidenten Wilson,

die gerade am Tage seiner Ankunft in Berlin ausgehändigt wurde, kein Olivenzweig gewesen sei. Bei der Beurteilung der Stimmung Amerikas sollte man sich in Deutschland immer der Augen halten, daß das, was man hier darüber erfährt, meistens nur durch die Vermittlung fremder Länder hierher gelangt. (Lebhafte Zustimmung.)

Er erinnere daran, daß er in seiner ersten Rede in Deutschland das Wort Kalifornien wiederholt habe: „Ein Diplomat müsse in sieben Sprachen zu schweigen verstehen.“ Jetzt, wo vierzehn Staaten miteinander im Krieg liegen, müsse man die Zahl dieser Sprachen verdoppeln. So viel könne er aber doch sagen, daß er immer gern an der Erhaltung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten mitgewirkt habe. Diese Beziehungen sind denn auch, erklärte der Botschafter unter lebhaftem wiederholtem Beifall der Versammlung, zu keinem Zeitpunkt seit der Gründung des Deutschen Reiches besser gewesen als gegenwärtig.

Hierauf gab Herr Gerard der Zuhörer Lustdruck, daß, solange Männer, wie der Reichskanzler, Staatssekretär Helfferich und Dr. Solf, wie Feldmarschall Hindenburg und General Ludendorff, wie die Admirale v. Müller, v. Capelle und v. Holzenborn und der Staatssekretär Zimmermann an der Spitze der zivilen, militärischen und Marineverwaltung stehen, es sicher keine Schwierigkeiten bereiten werde, diese guten Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Der englisch-norwegische Konflikt beigelegt.

Aristonien, 7. Januar. Wie die Londoner Berichterstatter der hiesigen Blätter melden, hätte die norwegische Antwort in England sehr befriedigt; dadurch sei der englisch-norwegische Konflikt beigelegt.

Aus Groß-Berlin.

Nachbild.

Der Sübringzug fährt auf dem Potsdamer Bahnhof ein. Alles steigt aus. Nur im Abteil für Traglasten bleibt ein etwa zehnjähriges Kind sitzen. Ein blondes Mädchen mit den weichen slawischen Zügen, die man so oft in Berlin findet. Es ist halb elf Uhr nachts. „Wo willst Du denn hin, hier ist doch Schlaf!“ — Keine Antwort. — „Bist wohl zu weit gefahren, willst wohl zurück?“ — Ein leises Ja. — „Wo hin denn?“ — Nichts. — „Schöneberg?“ — Ein neues Ja, offenbar nur, um den Frager abzuwehren. — Der Zug fährt ab. In Schöneberg steigt die Kleine nicht aus und halb schlüft sie im Sigen fest ein, in die harte Holzdecke gelehnt. Ein paar Stationen weiter muß ich aussteigen. „Hör mal, Du —“ — nicht aufzurütteln. Im Vorraum über Bestend. Ganz gewiß benutzt die Kleine den Zug als Wärmehalle. Man wird sie wohl erst herausholen, wenn der Zug seinen Tageslauf beendet hat. Wer weiß, wo sie wohnt. Vielleicht am entgegengesetzten Ende von Groß-Berlin, wohin dann keine Verkehrsmöglichkeit mehr besteht; vielleicht wohnt sie nirgendwo und rechnet darauf, im Zug zu übernachten. Und wie die Schlaflichter im Nebel und Sprühregen verglühen, so führt der Weg dieses Kindes in eine graue Zukunft.

Die Berliner Lederarbeiter zum Hilfsdienstgesetz.

In Schmidtschen Lokale in der Prinzenallee waren am gestrigen Sonntag die Lederarbeiter sehr zahlreich versammelt, um zum Hilfsdienstgesetz und zur Tariffrage Stellung zu nehmen. Die Redner erklärten sich mit dem Hilfsdienstgesetz im allgemeinen einverstanden; es sei aber notwendig, dafür zu wirken, daß die gewerkschaftliche Organisation auch nach dem Kriege gefördert werde, zumal es kaum zweifelhaft sei, daß die Teuerung nach Friedensschluß noch anhalte, die Unternehmer aber bemüht sein werden, die Löhne zu drücken, sobald keine Arbeiten für die Heeresverwaltungen mehr vorhanden sein werden und die Kollegen aus dem Felde zurückkehren seien. Getadelt müsse es werden, daß den Großfabrikanten Gehl in Worms und Genossen Schaffelle in genügender Weise zur Verfügung gestellt werden, während die gesamte Lederindustrie an großem Ledermangel leide. Es komme hinzu, daß die erwähnten Großfabrikanten ihren Arbeiter das Koalitionsrecht nicht gewähren. Dringend erforderlich sei es, einen Mindeststundenlohn von 1,25 M. angesichts der großen Teuerung zu verlangen und den jetzigen Tarif, der einen Stundenlohn von 58 1/2 Pf. gewähre, zu kündigen. Es wurde schließlich beschlossen, wegen der letzten Frage eine besondere Versammlung einzuberufen.

Bitte, die Kasse voll!

Über die Berliner Volkspeisung ist uns die Klage zugegangen, daß bei der Speisenausgabe nicht immer mit voller Kasse ausgeteilt werde. Eine Mutter, die drei Jungen satt zu machen hat, sagt uns, daß sie an ihrer Speisenausgabestelle wiederholt durch unvollständige Füllung der Kasse zu kurz gekommen sei. Wir haben dort auf Anfrage die Auskunft erhalten, die Kassen seien so bemessen, daß sie etwas mehr als die Portion von einem Alter lassen, so daß selbst bei unvollständiger Füllung immer noch keine Benachteiligung eintreten brauche. Für diejenigen, denen die Portion mit nicht voller Kasse ausgeteilt wird, mag es ein schlechter Trost sein, daß andere „eigentlich zu viel kriegen“. An der Ausgabestelle wurde uns übrigens erklärt, daß man stets volle Kassen habe, so daß niemand sich beklagen könne. Und scheint es allerdings selbstverständlich, daß streng darauf geachtet wird, nicht die Menge des zuverfügbaren Essens beim mehr oder minder glücklichen Zufall zu überlassen. Man wird der Unzufriedenheit wirksam vorbeugen, wenn man alle Ungleichheiten möglichst zu vermeiden sucht und jedem mit voller Kasse das Seine gibt.

Über den Verkehr mit Schuhschäften, Schuhschönern, Schuhschneidern und Ledererzählern hat der Bundesrat eine Verordnung erlassen. Danach ist der Reichskanzler ermächtigt, die Herstellung von Schuhschäften, Schuhschönern usw. und den Verkehr mit diesen Gegenständen und daraus hergestellten Schutzwaren zu regeln. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihm erlassenen Verordnungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft werden und daß daneben auf Einziehung der betreffenden Gegenstände erkannt werden kann. Die zuständige Behörde kann Betriebe, in denen Schuhschäfte usw. gewerbmäßig hergestellt, aufbewahrt oder in den Verkehr gebracht werden, schließen, wenn deren Leiter die vom Reichskanzler erlassenen Bestimmungen nicht befolgen. Wird ein Betrieb aus diesem Grunde geschlossen, so muß der Leiter oder Unternehmer die vorhandenen Bestände der Erlagslohngeellschaft innerhalb 8 Tagen anbieten und auf Verlangen abliefern. Die Erlagslohngeellschaft setzt den Preis für die von ihr übernommenen Gegenstände fest; ist der Abnehmer mit dem Preise nicht zufrieden, so bestimmt die von der Landeszentralbehörde bezeichnete höhere Verwaltungsbehörde denselben endgültig. Die Beamten der Polizei und deren Sachverständige sind befugt, jederzeit die Betriebsräume, in denen Schuhschäfte usw. hergestellt, aufbewahrt oder in den Verkehr gebracht werden, zu betreten, dieselbst Befestigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen und Proben zur Untersuchung zu entnehmen. Die Sachverständigen sind, abgesehen von der dienstlichen Verpflichtung, verpflichtet, über die betreffenden Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse Verschwiegenheit zu beobachten.

Neuerungen im Postverkehr des Feldheeres nach der Heimat. Privatpakete aus dem neutralen Ausland an Angehörige und zugeleitete Personen des deutschen Feldheeres sind bis zum Gewicht von 5 Kilogramm zugelassen. Die Pakete müssen den internationalen Bestimmungen sowie denen für die Privatpakete nach dem deutschen Feldheer entsprechen. Wie beim Briefverkehr zwischen Feldheer und Ausland darf in der Aufschrift außer dem Namen nur der Truppenteil des Empfängers, also Regiment, Bataillon, Kompanie usw., nicht aber der höhere Truppenverband, wie Brigade, Division, Armeekorps, Armee, angegeben werden. Preisliche Mitteilungen, sowie Druckwerke irgend welcher Art dürfen die Pakete nicht enthalten. Eine Haftung für Verlust, Beschädigung usw. wird weder von der Post noch von der Heeresverwaltung übernommen. Ferner ist das Nettogewicht der nicht amtlichen Feldpostsendungen oder Feldpostpaketen von 250 auf 500 Gramm, mit dem Uebergewicht also auf 550 Gramm erhöht werden. Sendungen von mehr als 275 Gramm sind vom Abenden mit 20 Pf. freizumachen. Sie unterliegen am Bestimmungsort der postamtlichen Behandlung, wenn sie als Poststück bezeichnet sind.

Die Zwangsparaffen für Jugendliche. Die Berliner Sparkasse hat durch Umfrage bei den Groß-Berliner Sparassen über die Einführung der Jugendzwangsparaffen im ersten Halbjahr ihres Bestehens (April/Oktober) folgendes festgestellt: Die Zahl der Jugendzwangsparaffen beträgt 84 000 mit 3 Millionen Mark Einlagen. Eingezahlt waren bisher 4,3 Millionen Mark, davon sind 1,3 Millionen Mark zurückgezahlt. Auf die Stadt Berlin entfallen 82 000 Sparlotten mit 1,3 Millionen Mark Einlagen, auf Spandau 8718 mit 675 000 M., auf Charlottenburg 3159 Konten mit 133 000 M. Von den Jugendzwangsparaffen der Stadt Berlin lauteten 27 500 auf unter 50 M., 4800 auf 50—100 M., 2500 auf 100—200 M., 585 auf 200—300 M., 271 auf 300—500 M., 72 auf 500—750 M., 11 auf 750—1000 M. und 2 auf über 1000 M. Es handelt sich dabei nur um Ersparnisse aus Arbeitslohn in einem Halbjahr.

Die Hand im großen Uebergießer. In den großen Wirtschaften und Kaffeehäusern, die um den Potsdamer Bahnhof herum und in seiner Nähe liegen, kamen in der letzten Zeit peinliche Diebstähle vor. Aus Uebergießern, die auf den Kiegeln hingen, verschwand Briefkasten mit Papieregeld bis zu 400 M. Man wußte sich das nicht zu erklären, bis ein seltsamer Gast, der oft erschien, Verdacht erregte. Es war ein feingebildeter Mann, der selten mehr als ein Glas Bier oder eine Tasse Kaffee trank. Es ergab sich, daß dieser Gast jedesmal dort gewesen war, wo man einen Diebstahl entdeckte. Man beobachtete ihn nun und fand außer anderen Selbstmitleiden an ihm auch die, daß er seinen Uebergießer niemals dort abhänge, wo reichlich Platz war, sondern stets da, wo der Kiegel schon hängt war, meist auf einen anderen Uebergießer oben hinauf.

Kaum hatte er dann Platz genommen, so erhob er sich und ging an seinen Uebergießer heran, als ob er seine Zigarettenschale, sein Taschentuch oder sonst etwas suchte. Dabei tastete er scheinbar zufällig und irrtümlich, aber auffallend regelmäßig nicht nur seinen Uebergießer, sondern auch die neben und unter den feinsten Hängenden ab. Man sah sich den unheimlichen Gast, einen Kaufmann Willi Ellis aus Friedebau, näher an und stellte fest, daß er auf großem Fuße lebte, obwohl er schon seit März vorigen Jahres keine Geschäftstätigkeit mehr hatte. Er war auch Mitglied eines Clubs, in dem gespielt wird. Nach diesen Beobachtungen und Ermittlungen wurde Ellis verhaftet und sofort hörten die Diebstähle auf. Der Verhaftete bestritt sie und behauptet, daß er die Mittel zu seiner kostspieligen Lebenshaltung auf dem Neuenhau erworben habe. Er wurde als dringend verdächtig dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Provinzonteln werden nicht alle. Ein neues Schöpfungswunder hatte ein Schlächtermeister aus der Provinz, der in der Nacht zum Sonntag nach Berlin kam. Er traf auf dem Alexanderplatz ein junges Mädchen, das ihn nach einem Fremdenlohn in der Gontardstraße begleitete. Hier schlief er bald ein. Gestern morgen um 7 Uhr sah seine Begleiterin, als ob sie ihn wecken wollte. Er wollte aber weiter schlafen und ließ sie weggehen. Später entdeckte er, daß sie ihm die Briefschale mit 6200 M. und allen seinen Papieren, die er unter das Kopfkissen gelegt hatte, mitgenommen hat. Das Mädchen ist etwa 19—20 Jahre alt und mittelgroß und trägt eine schwarze Samtkappe, einen graubraunen Mantel und eine weiße Bluse.

Unter seltsamen Umständen tot aufgefunden wurde am Sonntag nachmittag die 27 Jahre alte Tochter Luise des Schlossermeisters Reih aus der Heidestraße 50, die ihrem alten Vater den Haushalt führte und mit ihm in einem Bett zu schlafen pflegte. Die Verwandten fand sie nachmittags um 2 1/2 Uhr tot in der Werkstatt des Vaters liegen. Die Leiche war nur halb bekleidet und mit Papier zugedeckt. Zur Rede gestellt, erklärte der Vater, daß er lange geschlafen habe. Bei seinem Erwachen habe seine Tochter tot neben ihm im Bett gelegen. Weil er weiter habe schlafen wollen, so habe er die Leiche seiner Tochter nach der Werkstatt gebracht und dort niedergelegt. Der Mann wurde nach der Wache des 74. Regiments gebracht und dort unter Zugziehung des Kreisarztes verhört. Es ergab sich, daß er durch Schicksalsjüde an seiner geistigen Gesundheit gelitten hat. Der Krieg brachte ihm Vermögensverluste. Dann fiel sein Sohn im Felde und endlich starb ihm die Frau. So wurde er geistig beschränkt und verirrte. In der Leiche, die beschlagnahmt wurde, fand man keinerlei Spuren eines gewaltsamen Todes. Das Mädchen ist wahrscheinlich einem Herzschlag erlegen. Der Vater wurde nach diesen Feststellungen von der Wache wieder nach Hause entlassen.

Verteilung von Kohlrüben in Charlottenburg. In der Woche vom 8.—14. Januar werden zwei Pfund Kohlrüben auf Abschnitt 23 der Charlottenburger roten Lebensmittelliste abgegeben.

Städtische Eisbahnen in Charlottenburg. Bei Eintritt des Frostes werden auf den städtischen Spielplätzen an der Goethe-, Sophie-Charlotten- und Niebuhrtstraße, Eisbahnen eingerichtet, deren Besuch für Gemeindefürsorge sowie Freischüler und Freizeitsportler der höheren Lehranstalten kostenfrei ist.

Friedrichsfeier. Am Mittwoch, den 10. Januar 1917, abends 8 Uhr, Rigoliederabend bei Subdint, Berlin, StraÙe 93. Vortrag über die Reichsflotten. Referent: Genosse Frenzel.

Aus aller Welt.

Wirbelstürme in Queensland.

London, den 7. Januar. (Z. L.) Wirbelstürme von noch nie gekannter Stärke haben in Nord- und Zentral-Queensland ungeheure Verheerungen angerichtet. In der Stadt Chertmont allein sind Hunderte von Personen von den Fluten hinweggeschwemmt worden. Über 50-Leichen hat man bisher geborgen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittags. Etwas milder, vorwiegend trübe, mit weicherbreiten, im Osten mit geringen, im Westen härteren Niederschläge. Dazwischen zeitweise aufklarend.

Erste Deutsche Ersatzmittel-Ausstellung

verbunden mit Lebensmittelmesse

Eine Kriegsschau deutschen Gewerbfleißes

AUSSTELLUNGS-HALLEN AM ZOO

Täglich 10 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet. Eintritt 50 Pf.

Admiralspalast.

Schlittschuhläufer-Ballett

aus der Oper „Der Prophet“

und

Frau Fantasie

Anfang 7 1/2. Vorzügl. Klöße.



Adler'saat

Zeit mehr Gemüts, doch ist unser Doh, uns recht zu machen. Frühgemüse, Spitzgemüse, dampfende Dampfen, Winterfrüh- u. Spitzgemüse haben Weltlauf.

Such u. Gesamtpreisliste gegen Einzahlung von 45 Pf. in Marken Adler & Co. Samensächter Erfurt

Lombard-Haus

H. Graf, Leipzigerstr. 75 II

Volle normale Bekleidung Diskretion, Reellität, Gelogenheitsklufe, Brillanten, Schmucksachen

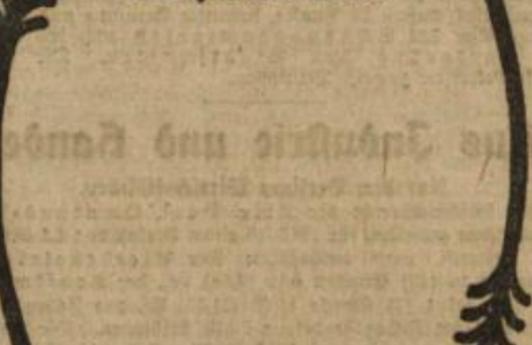
10—50% unter Ladenpreis

Drehbänke, Revolverbänke, Bohrmaschinen, Fräsmaschinen, Shapings

laufen wir gegen fortwährende Kasse, neu oder gebraucht. Ausführliche Angebote mit Angabe des Fabrikats, des event. Alters, der neuartigen Dimensionen, Gewicht, möglichst Abbildung, u. Preis an Gebr. Zehlfahr, Berlin W. 30, Rosenbühner Str. 33.

CARDINAL

ZIGARETTEN sind Qualitätsmarken



FOVEAUX

RAUCHTABAKE überall erhältlich

Königl. Preussische Klassenlotterie

Ziehung der 1. Kl.: 9. und 10. Januar

Achtel-Lose 5 M. — Viertel Lose 10 M. Halbe Lose 20 M. — Ganze Lose 40 M.

Kröger, Königl. Preussischer, Berlin Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Strasse.

Zementfahrlarbeiter und Gipschaler

best. Zimmerleute, Arbeiter und Maurer. Den Maurern ist Gelegenheit gegeben, Zeiteisendecken im Alford zu übernehmen. Eisenbetondecken Gullka, Berlin-Galensee, Kurfürstendamm 115. (Umland 5289.)

Dampfflug-Meister

zwei Maschinenführer

für neuen Dampfflug zum Antritt Anfang März gesucht.

Schriftliche Bewerbungen mit Angaben über bisherige Tätigkeits- und Lohnansprüche zu richten an Dr. jur. Rossi, Rittergut Falkenstein bei Friedeberg (Neumark).

Arbeiter u. Urlauber

solche kräftige Frauen werden für Alleenlager eingestellt.

Schweitzer & Oppler,

Mittlerstraße 108.

Kernmacherinnen

berlangt Aluminium- u. Eisenlegerin Schmotter, Mariendorf, Chausseestraße 315.

Klempner

und Bauschlosser

werden sofort bei guten Löhnen eingestellt. 273/10*

J. Degenhardt G. m. b. H., Berlin, Karlsbad 16.

Aluminiumformer,

Kernmacher, sowie Gießer

berlangt Schmotter, Mariendorf, Chausseestraße 315.

Spezialarzt

f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hals-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute:

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/12-3 u. 1/5-1/10 U. abds. Sonnt. 11-1.

Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschlossenem Kuvert.

Kopfläuse

Kleiderläuse u. Brut, Flöhe, Wanzen, Vieh-Ungedier, vernichtet radikal Goldgeist W. Z. 7518. Farb- und geruchlos. Reinigt die Kopfhaut von Schuppen und Schindeln, beseitigt den Haarwuchs, verhilft Krankheit der Kopfhaut, Haarschaft u. Zaun neuer Parasiten. Vernichtet Typhusbakterien, desinfizierend und verbodend gegen Infektionskrankheiten. Wichtig für Schulkinder. Tausende Anerkennungen. Nur in Kartons zu haben. 1.00 u. 1.20 M. Man achte beim Einkauf auf die Firma der alleinigen Fabrik Radomacher & Co., Siegburg, und den Namen

Goldgeist!